



Anfrage Keller Irene und Mit. über den Stellenwert der politischen Bildung auf den unterschiedlichen Schulstufen im Kanton Luzern

eröffnet am 23. Oktober 2018

Am Freitag, 19. Oktober 2018, fand die 5. Session des Jugendparlamentes des Kantons Luzern statt. Es war wiederum eine sehr gute Erfahrung zu erleben, wie konzentriert, engagiert, aber auch sehr fair diskutiert und gearbeitet wurde. Innerhalb des Jugendparlamentes des Kantons Luzern (JuKaLu) wurde in den folgenden vier Themenbereichen diskutiert und Forderungen dazu erarbeitet: Food-Waste, Verkehr, Digitalisierung und politische Bildung.

Urban Sager (SP) und Irene Keller (FDP) haben in der Arbeitsgruppe «Politische Bildung» Einsitz genommen, haben die Diskussion verfolgt und da, wo es gefragt und notwendig war, Auskunft über Inhalte, mögliche Forderungen und deren politische Machbarkeit gegeben. Zum Schluss fand eine Ausmarchung zwischen den vier Forderungen statt. Jene zur politischen Bildung unterlag in der letzten Abstimmung der Petition zur Digitalisierung.

Die politische Bildung hat uns auch in den Pausen zu einer interessanten Diskussion mit der Expertin, Frau Prof. Dr. Waldis vom Zentrum für Demokratie Aarau, angeregt. Wir haben festgestellt, dass im Kanton Luzern die politische Bildung einzig in den Berufsfachschulen, im Thema «Heimat und Staat», einen festen Platz einnimmt, sonst aber weder in der Volksschule noch in der Sekundarstufe I oder II auf der Studentafel namentlich erscheint.

Da die direkte Demokratie und die damit verbundene politische Partizipation ein äusserst starkes Standbein der politischen Struktur der Schweiz darstellen, erachten wir die politische Bildung als einen grundlegend wichtigen Teil der schulischen Allgemeinbildung.

Um die Ausgangslage besser zu kennen und den Handlungsbedarf einschätzen zu können, stellen wir dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Wann soll aus seiner Sicht die politische Bildung im Unterricht starten? Gibt es aus seiner Sicht Unterschiede im Inhalt des Unterrichts je nach Stufe?
2. Im Lehrplan 21 ist die politische Bildung auf der Sekundarstufe I im Fach RZG (Räume, Zeiten, Gesellschaften) vorgesehen, das lediglich zwei Wochenlektionen umfasst. Was sind die Überlegungen und Begründungen für diesen Entscheid? Wie wurden die Inhalte der politischen Bildung im Prozess zum Lehrplan 21 berücksichtigt und eingeschätzt?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat die Umsetzung der politischen Bildung an den Berufsfachschulen? Worin liegen die Erfolgsfaktoren für diesen Unterricht? Worin die Unterschiede zu den Gymnasien, Berufsmittelschulen und Fachmittelschulen im Kanton Luzern?
4. Wie ist die Umsetzung der politischen Bildung im Unterricht auf den unterschiedlichen Schulstufen in den anderen Kantonen der Zentralschweiz, aber auch in Kantonen wie Aargau, Bern, Zürich oder St. Gallen geregelt?
5. Wie ist die Ausbildung der Lehrkräfte an der PH Luzern im Bereich politische Bildung gestaltet? Gibt es Unterschiede zur entsprechenden Ausbildung an andern pädagogischen Hochschulen?

6. Wie steht die Regierung zur Forderung des Jugendparlamentes, der politischen Bildung im 9. Schuljahr mehr Gewicht zu geben und analog zu den sogenannten «Ethik-Halbtagen» die Durchführung einer bestimmten Anzahl «Politik-Halbtage» als verbindlich zu erklären?

Keller Irene

Sager Urban

Zurbriggen Roger

Hess Ralph

Schmid Patrick

Stutz Hans

Zemp Gaudenz

Bühler Adrian

Meyer-Jenni Helene

Lang Barbara

Huser Barmettler Claudia

Estermann Rahel

Zeier Maurus

Agner Sara

Galliker Priska

Gasser Daniel

Kurmann Michael

Schnider Josef

Zanolla Lisa